

5fach lebenswert

5 Dörfer - 1 Gemeinde



Politische Gemeinde Oberriet

ANHÄNGE BAUREGLEMENT



INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ANHANG I

Kontaktdaten, Baugesuchsformulare	3
-----------------------------------	---

ANHANG II

Auszug aus dem Planungs- und Baugesetz des Kantons St. Gallen (abgekürzt PBG) mit Grafiken für Baubegriffe, weitere massgebliche Grundlagen, Abkürzungen	4
--	---

1 AUSZUG AUS PLANUNGS- UND BAUGESETZ (PBG)

1.1	Allgemeine Bestimmungen	4
1.2	Begriffe	5
1.3	Bauvorschriften für Bauten und Bauteile	9
1.4	Grössenbeschränkungen	10
1.5	Abstände	15
1.6	Bauweise und Terrain	18
1.7	Einordnung und Gestaltung	20

2 WEITERE MASSGEBENDE GRUNDLAGEN	20
---	-----------

3 ABKÜRZUNGEN	22
----------------------	-----------

ANHANG I

Kontaktdaten

Hochbauamt/Planverfahren, Staatsstrasse 92, 9463 Oberriet

Telefon: 071 763 64 70

Mail: bauamt@oberriet.ch

Baugesuchsformulare

www.baugesuch.sg.ch

ANHANG II

Auszug aus dem Planungs- und Baugesetz des Kantons St. Gallen mit Grafiken für Baubegriffe, weitere massgebliche Grundlagen, Abkürzungen

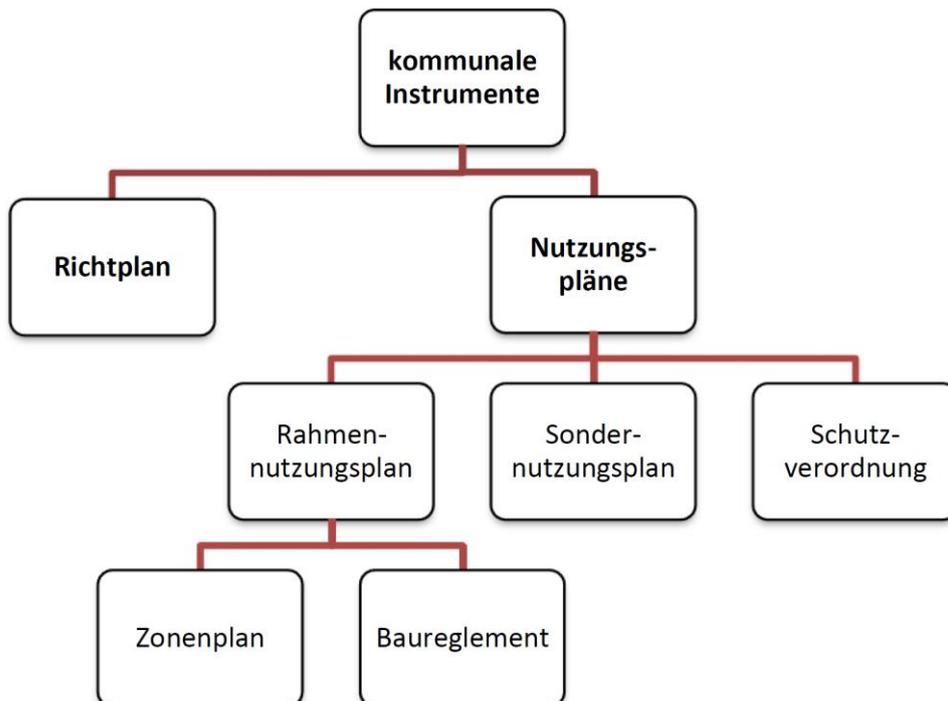
1 Auszug aus dem Planungs- und Baugesetz des Kantons St. Gallen (sGS 731.1; abgekürzt PBG)

1.1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 PBG | Ortsplanung

Die Instrumente der Ortsplanung sind der kommunale Richtplan und die kommunalen Nutzungspläne. Die kommunale Nutzungsplanung umfasst:

- a) Rahmennutzungsplan, bestehend aus Zonenplan und Baureglement;
- b) Sondernutzungsplan;
- c) Schutzverordnung



Art. 12 – 22 PBG | Zonenarten

Möglicher Nutzungszonen-Katalog (abschliessend):

- Wohnzonen (W)
- Wohn-Gewerbebezonen (WG)
- Arbeitszonen (A)
- Kernzonen (K)
- Freihaltezonen
 - innerhalb Bauzone(FiB)
 - ausserhalb Bauzone (FaB); kann andere Zonen überlagern
- Intensiverholungszonen (I)
- Zone für öffentliche Bauten und Anlagen (ÖBA)
- Schwerpunktzonen (SPZ)
- Weilerzonen (WE)
- Landwirtschaftszonen (L)
- Schutzzonen (S); können andere Zonen überlagern

1.2 Begriffe

Art. 73 PBG | Gebäude

Gebäude sind ortsfeste Bauten, die zum Schutz von Menschen, Tieren oder Sachen eine feste Überdachung und in der Regel weitere Abschlüsse aufweisen.

Art. 74 PBG | Kleinbauten (Art. 80, 94 PBG)

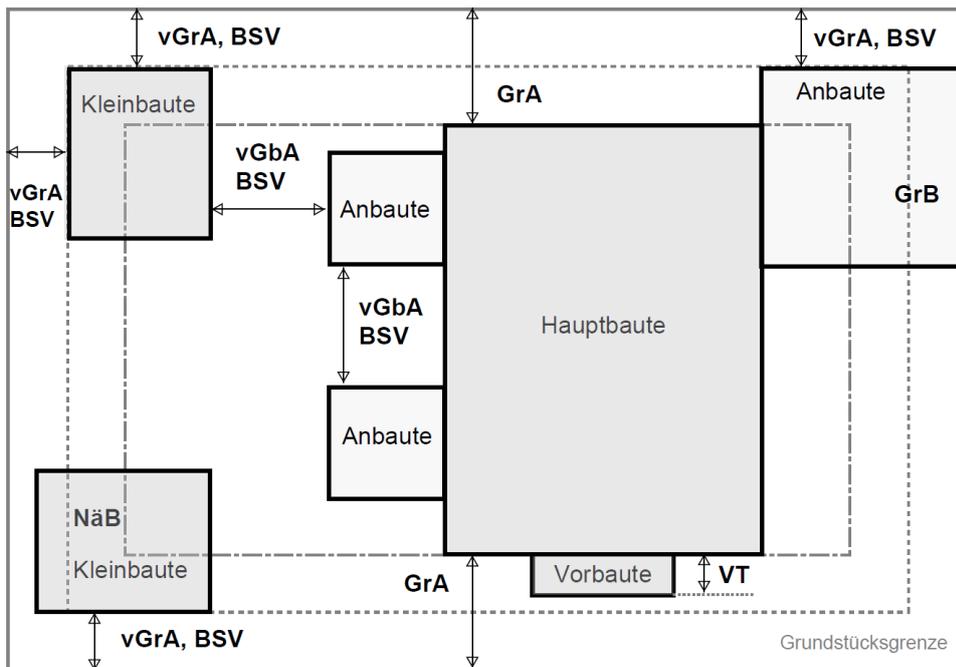
Kleinbauten sind frei stehende Gebäude, die in ihren Dimensionen die zulässigen Masse nicht überschreiten.

Art. 75 PBG | Anbauten (Art. 80, 94 PBG)

¹ Anbauten sind mit einem anderen Gebäude zusammengebaut, überschreiten in ihren Dimensionen die zulässigen Masse nicht und enthalten nur Nebennutzflächen.

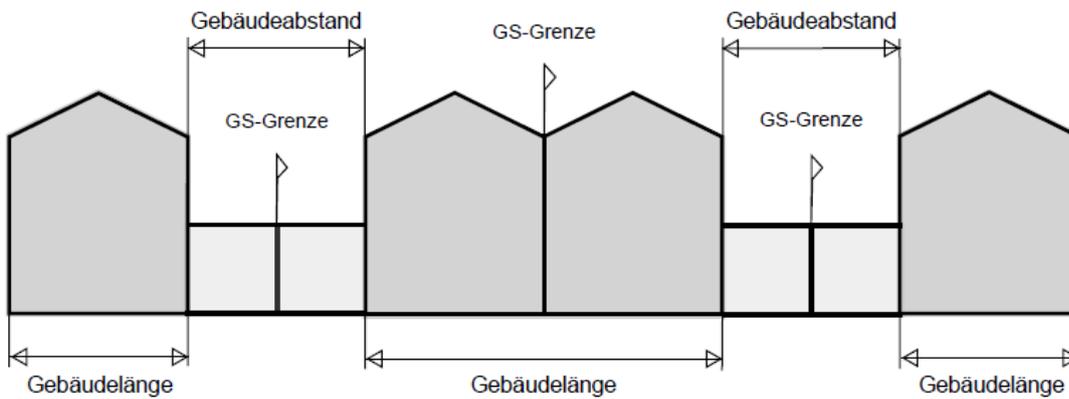
² Die Baubehörde kann ausnahmsweise Hauptnutzungen zulassen, wenn keine überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen entgegenstehen.

Abbildung 1: Grenz- und Gebäudeabstände von Haupt-, Klein-, An- und Vorbauten



- | | | | |
|------|---|-----|--------------------------------------|
| GrA | Grenzabstand für Hauptbauten | BSV | Brandschutzvorschriften |
| vGrA | verminderter Grenzabstand für Klein- und Anbauten | GrB | Grenzbau mit Zustimmung des Nachbarn |
| vGbA | verminderter Gebäudeabstand für Klein- und Anbauten | NäB | Näherbau mit Zustimmung des Nachbarn |
| | | VT | Tiefe der Vorbau |
| | | | nur Nebennutzungen (Anbauten) |

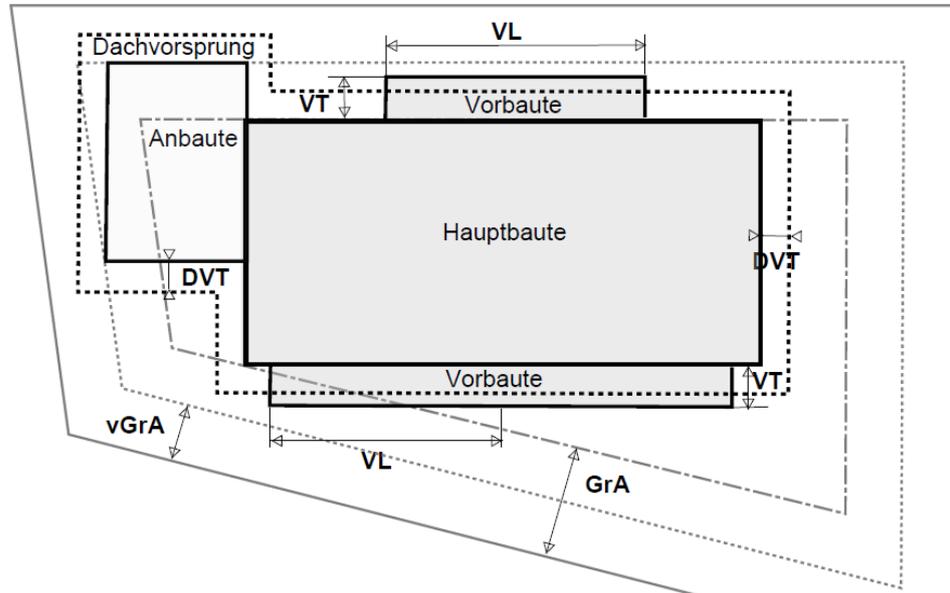
Abbildung 2: Zusammenbau von Anbauten über die Grundstücksgrenze



Art. 76 PBG | Vorbauten (Art. 81 PBG)

Vorbauten sind punktuell oder nicht abgestützte, über die Fassade vorspringende Bauteile, wie Vordächer, Balkone, Erker, Veranden.

Abbildung 3: Grenzabstände von Vorbauten und Dachvorsprüngen



VT	Tiefe der Vorbauten	GrA	Grenzabstand für Hauptbauten
VL	Länge der Vorbauten innerhalb GrA	vGrA	Verminderter GrA für Klein- und Anbauten
DVT	Tiefe des Dachvorsprungs		nur Nebennutzungen (Anbauten)

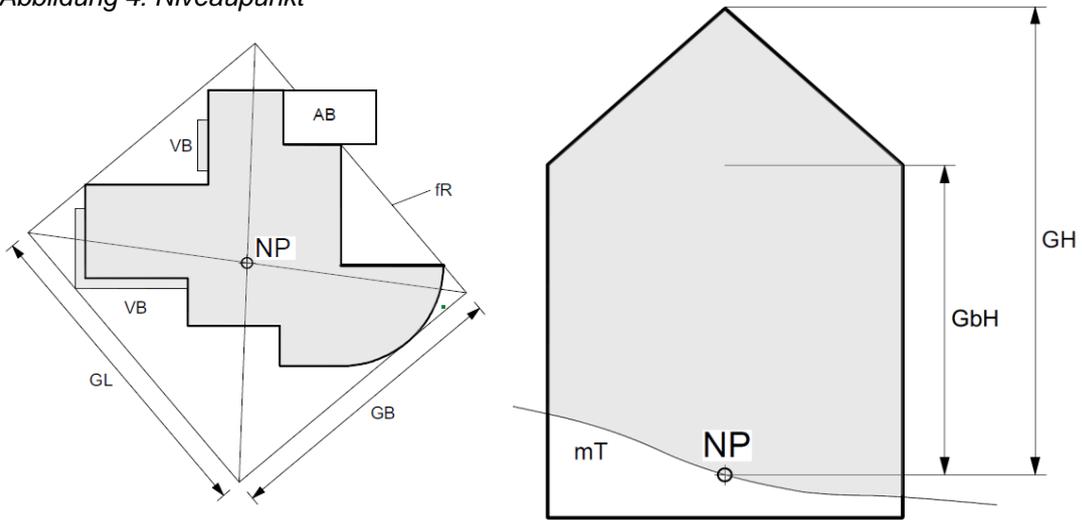
Art. 76a PBG | unterirdische Bauten

1 Unterirdische Bauten sind unbewohnte und keinem regelmässigen Aufenthalt von Personen dienende Bauten oder Bauteile, die mit Ausnahme von notwendigen Zugängen und Zufahrten sowie der Geländer und Brüstungen unter dem natürlich gewachsenen oder dem gestalteten Terrain liegen.

Art. 77 PBG | Niveaupunkt

- 1 Als Niveaupunkt gilt der Schwerpunkt des kleinsten aus Gebäudelänge und Gebäudebreite (Art. 82 PBG) ohne Anbauten und Dachvorsprünge gebildeten Rechtecks auf dem massgebenden Terrain.
- 2 Für Anbauten und zusammengebaute Gebäude wird der Niveaupunkt für jedes Gebäude oder jeden Gebäudeteil einzeln bestimmt.

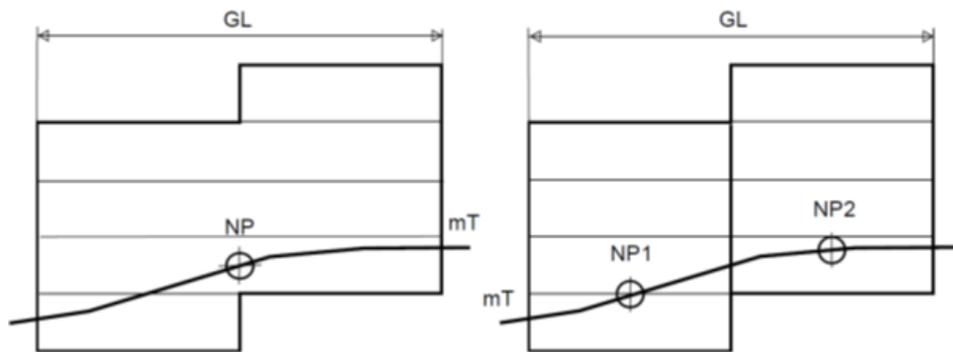
Abbildung 4: Niveaupunkt



NP Niveaupunkt
 fR Flächenkleinstes Rechteck
 GL Gebäudelänge
 GB Gebäudebreite
 VB Vorbaute

AB Anbaute
 GH Gesamthöhe
 GbH Gebäudehöhe
 mT Massgebendes Terrain

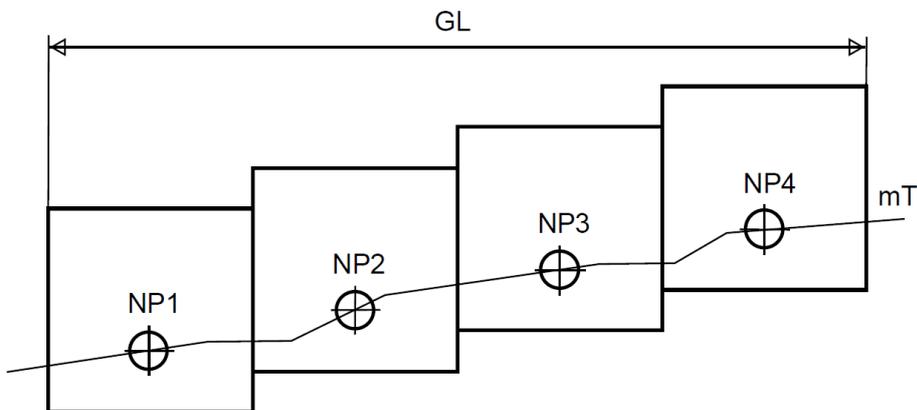
Abbildung 5: Separate Niveaupunkte



Keine einzelnen Baukörper
 ein Gebäude mit einem Niveaupunkt

Einzelne zusammengebaute Baukörper
 mit je eigenem Niveaupunkt

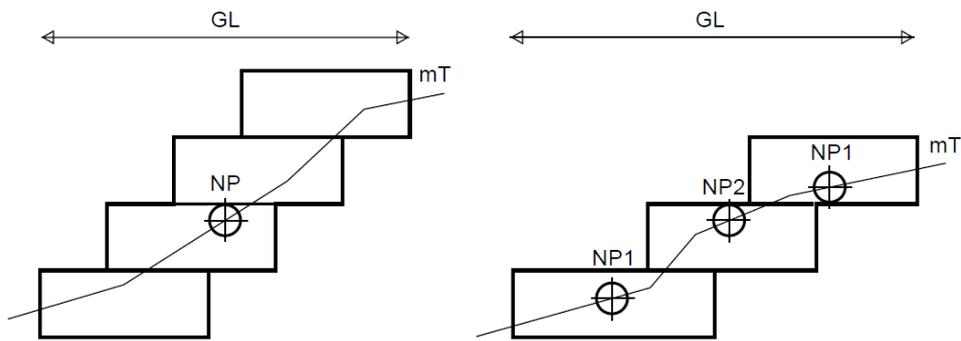
Abbildung 6: Horizontale Staffelung



Horizontale Staffelung: einzelne Baukörper (konstruktiv,
 funktional, optisch) mit je eigenen Niveaupunkten

NP Niveaupunkt
 mT massgebendes Terrain
 GL Gebäudelänge

Abbildung 7: Vertikale Staffelung



Vertikale Staffelung:
Keine einzelnen Baukörper
ein Gebäude mit einem Niveaupunkt

Weite vertikale Staffelung:
Einzelelemente treten als einzelne
Baukörper in Erscheinung

Art. 78 PBG | Massgebendes Terrain

- 1 Als massgebendes Terrain gilt der natürliche oder, wenn dieser nicht mehr festgestellt werden kann, der bewilligte Geländeverlauf. Besteht kein bewilligter Geländeverlauf, wird vom natürlich gewachsenen Geländeverlauf der Umgebung ausgegangen.
- 2 Das massgebende Terrain kann im Nutzungsplan abweichend festgelegt werden.

1.3 Bauvorschriften für Bauten und Bauteile

Art. 79 PBG | Massangaben für Hauptbauten

- 1 Der kommunale Nutzungsplan enthält für Bauten und Bauteile Massangaben über Gesamthöhe, Grenzabstand und Gebäudeabstand.
- 2 Er kann Massangaben enthalten über:
 - a) Gebäudelänge und Gebäudebreite;
 - b) Gebäudehöhe und Winkelmaß für Dachraum;
 - c) Fassadenhöhe;
 - d) Baumassenziffer;
 - d^{bis}) Grünflächenziffer, ausgenommen in Arbeitszonen nach Art. 14 dieses Erlasses (= PBG);
 - e) Terrainveränderungen;
 - f) Gebäudeabstand.
- 3 Die Gebäudeabstände nach den Bestimmungen der Feuerschutzgesetzgebung bleiben vorbehalten.

Art. 80 PBG | Kleinbauten und Anbauten (Art. 74, 75, 94 PBG)

Der kommunale Nutzungsplan bestimmt neben den erforderlichen Massangaben zusätzlich die höchste Gebäudegrundfläche von Kleinbauten und Anbauten.

Art. 81 PBG | Vorbauten und Dachvorsprünge (Art. 81 PBG)

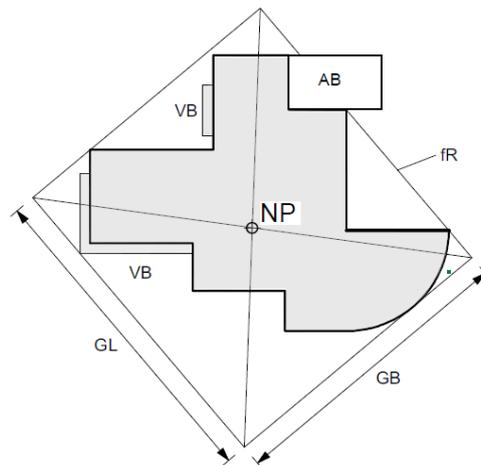
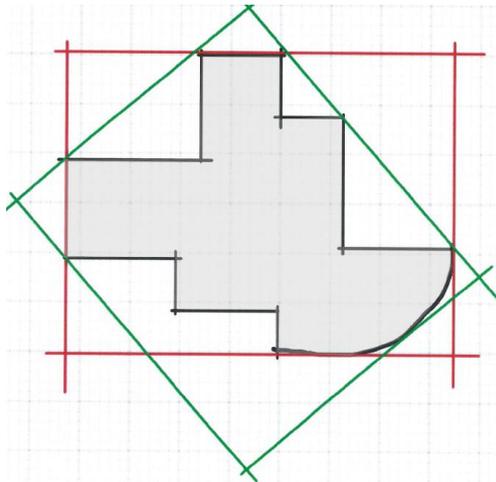
- ¹ Vorbauten ragen höchstens bis zum zulässigen Mass für Tiefe und Länge in den Grenz- oder Strassenabstand hinein.
- ² Dachvorsprünge ragen höchstens bis zum zulässigen Mass für die Tiefe in den Grenz- oder Strassenabstand hinein.
- ³ Der kommunale Nutzungsplan enthält die zulässigen Masse.

1.4 Grössenbeschränkungen

Art. 82 PBG | Gebäudelänge und Gebäudebreite

- ¹ Die Gebäudelänge bezeichnet die längere Seite des kleinsten die Baute ohne Anbauten und Dachvorsprünge umhüllenden Rechtecks.
- ² Die Gebäudebreite bezeichnet die kürzere Seite des kleinsten die Baute ohne Anbauten und Dachvorsprünge umhüllenden Rechtecks.

Abbildung 8: Flächenkleinstes Rechteck, Gebäudelänge und -breite



fR Flächenkleinstes Rechteck
GL Gebäudelänge
GB Gebäudebreite

VB Vorbaute
AB Anbaute
NP Niveaupunkt

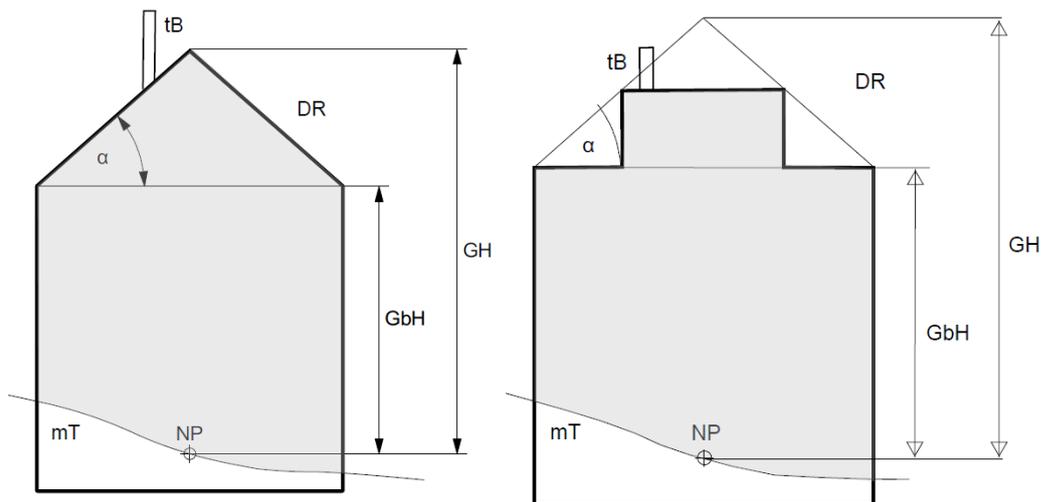
Art. 83 PBG | Gesamthöhe

- ¹ Die Gesamthöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem höchsten Punkt des Dachs.
- ² Nicht angerechnet werden technisch notwendige Bauteile und Anlagen, wie Liftschächte, Kamine, Antennen, Dachränder, Photovoltaikanlagen, Solarzellen und Sonnenkollektoren.

Art. 84 PBG | Gebäudehöhe

- ¹ Die Gebäudehöhe bezeichnet den senkrechten Abstand zwischen dem Niveaupunkt und dem ausgemittelten Schnittpunkt der Fassade mit der Dachoberkante in der Fassadenmitte.
- ² Bei Festlegung einer Gebäudehöhe wird wenigstens für zwei Gebäudeseiten auch ein Winkelmaß für die Bestimmung des Dachraums festgelegt. Das Winkelmaß beträgt höchstens 60 Grad.

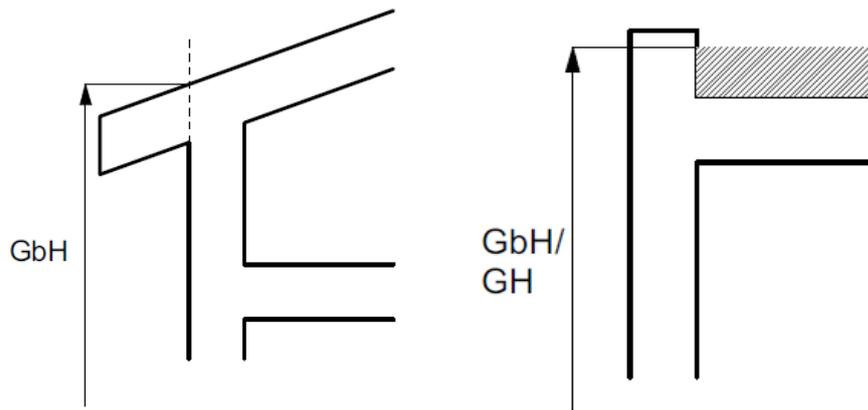
Abbildung 9: Gebäudehöhe, Dachraum, Gesamthöhe



NP	Niveaupunkt
mT	Massgebendes Terrain
α	Winkelmaß
tB	Technisch notwendiges Bauteil

GH	Gesamthöhe
GbH	Gebäudehöhe
DR	Dachraum

Abbildung 10: Schnittpunkt «Fassade-Dachoberkante»



Schnittpunkt Fassade-Dachoberkante
bei Satteldach – auf Höhe Oberkant
der Dacheindeckung

Schnittpunkt Fassade-Dachoberkante
bei Flachdach – auf Höhe Oberkant -
Attikageschoss Fussboden

Abbildung 11: Ausgemittelter Schnittpunkt «Fassade-Dachoberkante»

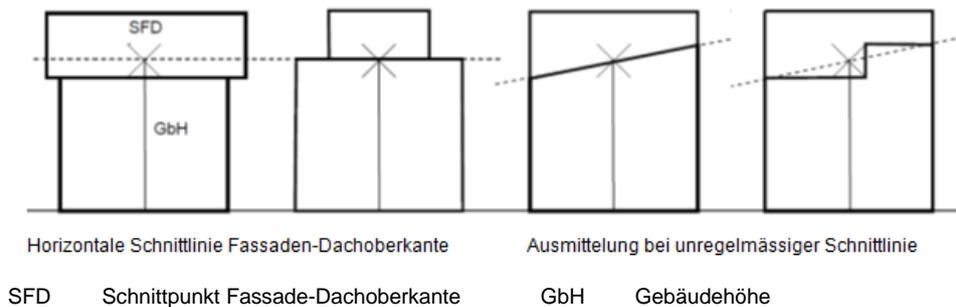
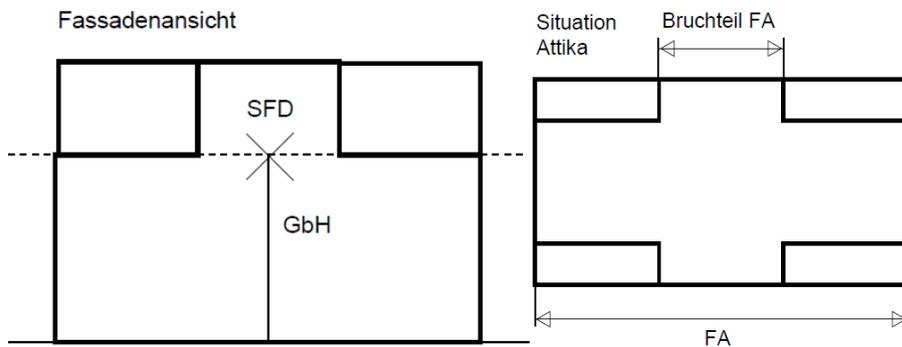


Abbildung 12: Mit Dachaufbaute - Ausgemittelter Schnittpunkt «Fassade-Dachoberkante»



Durchgehende horizontale Schnittlinie Fassade-Dachoberkante als Gebäudehöhe

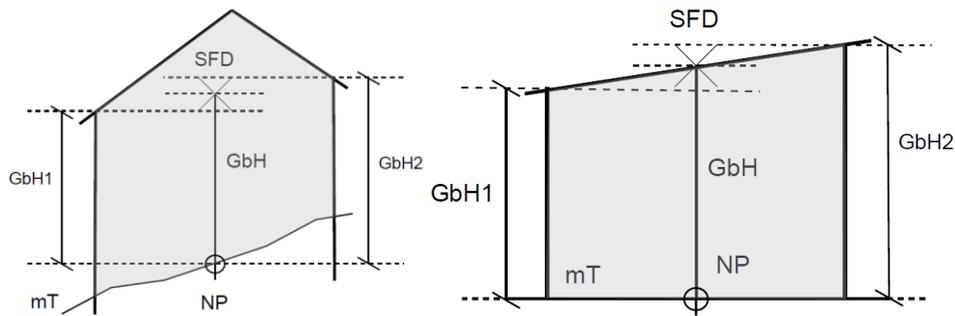
GbH Gebäudehöhe

FA Fassadenabschnitt

SFD Schnittpunkt Fassade-
Dachoberkante

Bruchteil FA Bruchteil des Fassaden-
abschnittes, Dachaufbaute

Abbildung 13: Unterschiedlich hohe Traufen: Ausgemittelter Schnittpunkt «Fassade-Dachoberkante»



Satteldach Pultdach
mit unterschiedlich hohen Traufseiten

GbH Gebäudehöhe
mT Massgebendes Terrain

SFD Schnittpunkt Fassade-Dachoberkante
NP Niveaupunkt

Art. 85 PBG | Dachraum

- 1 Der Dachraum bezeichnet den Raum zwischen der höchstens zulässigen Gebäudehöhe und der höchstens zulässigen Gesamthöhe unter Einhaltung des nach Art. 84 Abs. 2 dieses Erlasses (= PBG) festgelegten Winkelmasses.
- 2 Das Winkelmass beträgt bis zum festgelegten Bruchteil des Fassadenabschnitts höchstens 90 Grad.

Abbildung 14: Dachraum

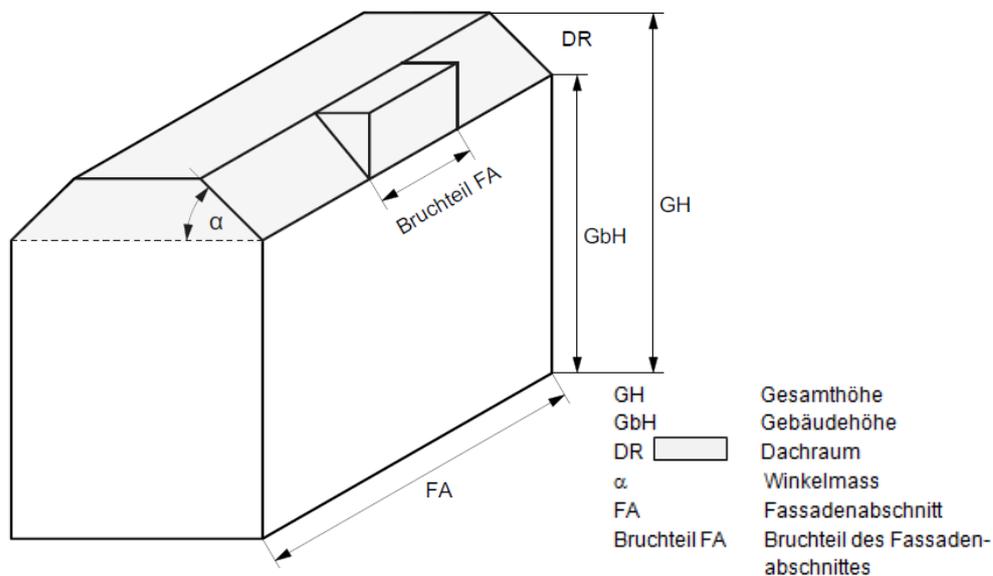
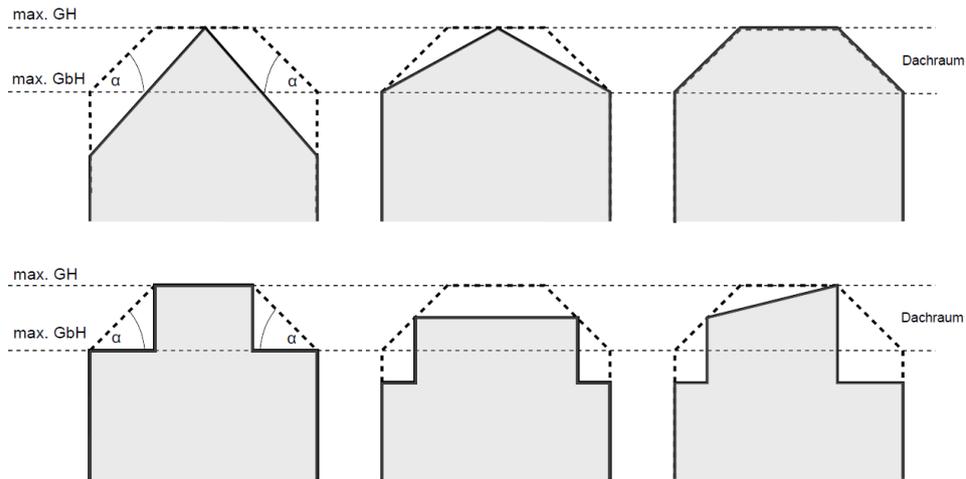


Abbildung 15: Mögliche Dachvarianten innerhalb Dachraumprofil



Max. GH Maximale Gesamthöhe α Winkelmass
 Max. GbH Maximale Gebäudehöhe

Art. 86 PBG | Fassadenhöhe (Art. 97 PBG)

Die Fassadenhöhe bezeichnet den grössten Höhenunterschied zwischen der Dachoberkante und dem senkrecht darunterliegenden Punkt auf dem massgebenden Terrain der jeweiligen Fassade.

Abbildung 16: Fassadenhöhe

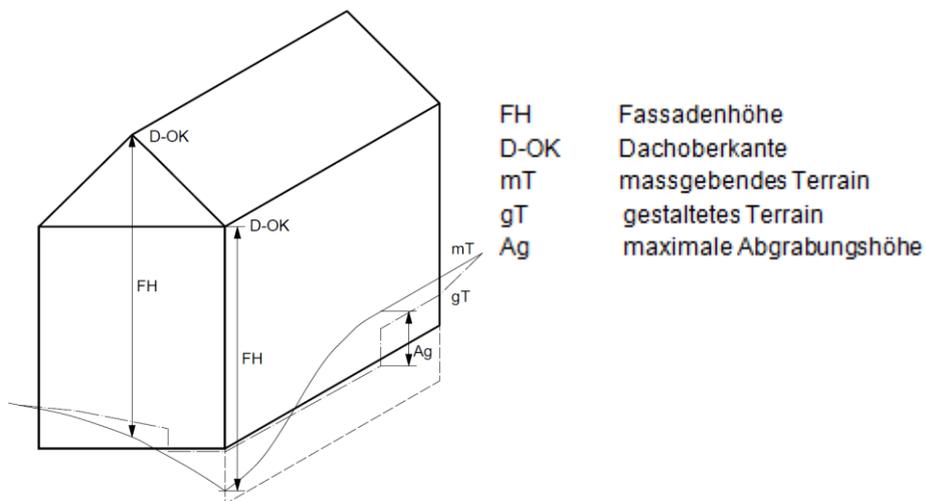
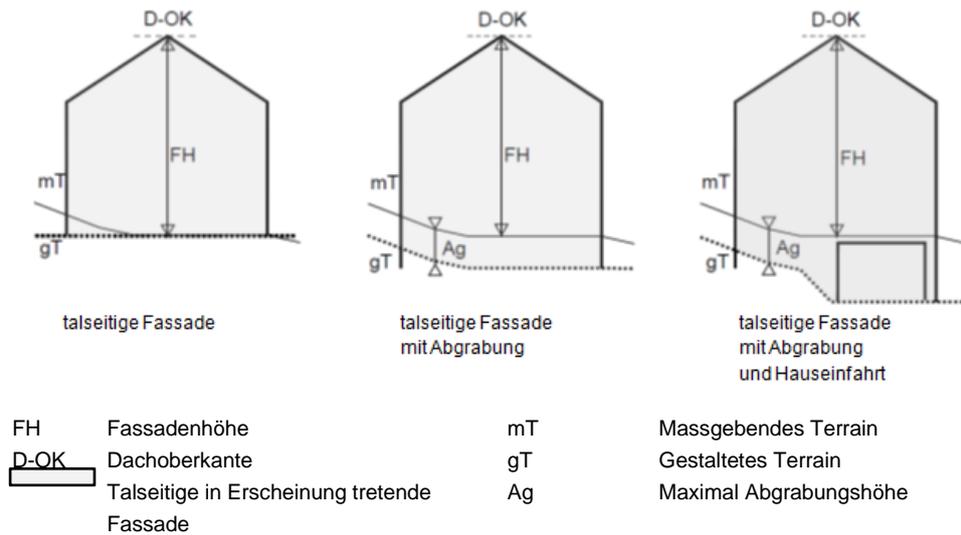


Abbildung 17: Fassadenhöhe, Abgrabung, Hauseinfahrt



Art. 87a PBG | Grünflächenziffer

- 1 Die politischen Gemeinden können in einzelnen Zonen eine Grünflächenziffer vorschreiben. Diese bezeichnet das Verhältnis der anrechenbaren Grünfläche zur anrechenbaren Grundstücksfläche
- 2 Als anrechenbare Grünfläche gelten natürliche oder bepflanzte Bodenflächen eines Grundstücks, die nicht versiegelt sind. Die politische Gemeinde kann im Rahmennutzungsplan festlegen, dass die Dachbegrünung angerechnet werden kann.

1.5 Abstände

Art. 90 PBG | Gewässerabstand

- 1 Die politische Gemeinde legt in der kommunalen Nutzungsplanung den Gewässerraum nach der Bundesgesetzgebung über den Gewässerschutz fest.
- 2 Gegenüber Gewässern, bei denen auf die Festlegung des Gewässerraums verzichtet wurde, gilt für Bauten und Anlagen in der Bauzone ein beidseitiger Abstand von fünf Metern.
- 3 Die Unterschreitung des Abstandes ist zulässig, wenn:
 - a) die Hochwassersicherheit gewährleistet ist;
 - b) der Zugang und die ungehinderte Zufahrt zum Gewässer für den Unterhalt sichergestellt oder nicht erforderlich sind;
 - c) keine ökologischen Interessen entgegenstehen.
- 4 Der Zustimmung der zuständigen kantonalen Stelle bedürfen:
 - a) Baubewilligungen im Gewässerraum;
 - b) Unterschreitung des Abstands nach Abs. 3 dieser Bestimmung.

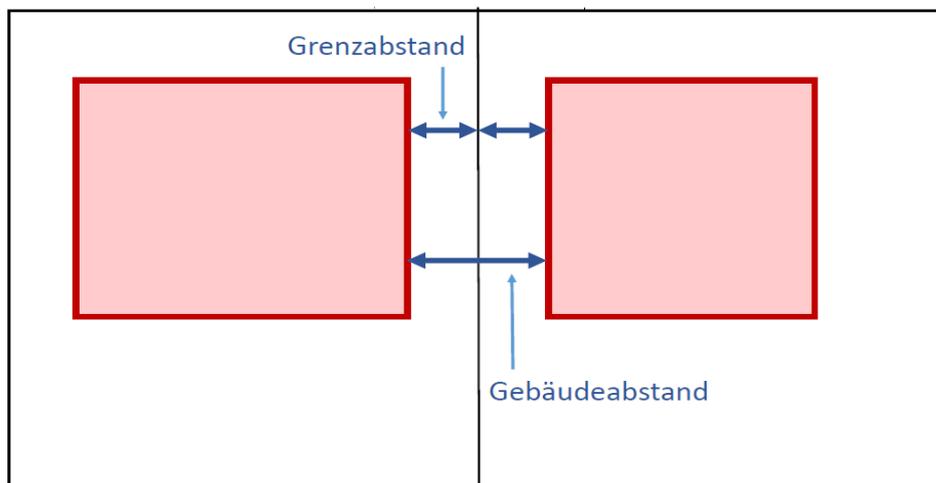
Art. 91 PBG | Waldabstand

- ¹ Der Mindestabstand gegenüber Wäldern beträgt ab Stockgrenze:
 - a) 5 Meter für Strassen;
 - b) 2 Meter für leicht befestigte Naturstrassen, die ohne Terrainveränderung erstellt werden;
 - c) 15 Meter für die übrigen Bauten und Anlagen.
- ² In Nutzungsplänen können abweichende Abstände festgelegt werden, wenn die Waldgesetzgebung und die örtlichen Verhältnisse es zulassen. Der Mindestabstand für Bauten und Anlagen nach Abs. 1 Bst. c dieser Bestimmung beträgt 10 Meter.

Art. 92 PBG | Grenzabstand

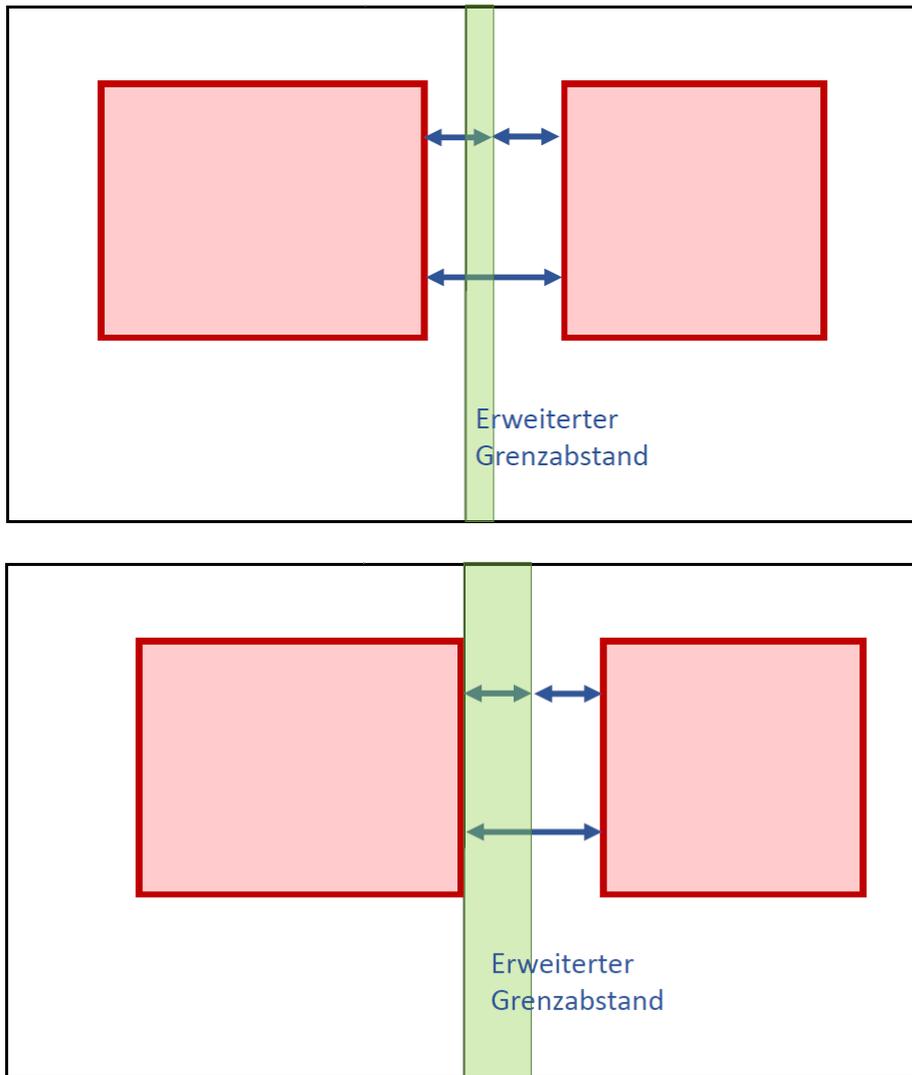
- ¹ Als Grenzabstand von Gebäuden gilt die kürzeste im Grundriss gemessene Entfernung zwischen Grenze und Fassade. Die politische Gemeinde kann einen grossen und einen kleinen Grenzabstand festlegen.
- ^{1bis} Wird ein grosser Grenzabstand festgelegt, wird er gegenüber der am meisten nach Süden gerichteten Hauptwohnseite eingehalten. Die politische Gemeinde kann im Rahmennutzungsplan:
 - a) abweichende Ausrichtungen festlegen;
 - b) die Aufteilung der Summe der massgebenden Grenzabstände auf mehrere Hauptwohnseiten zu gleichen Teilen für den Fall zulassen, dass ein Gebäude zwei oder mehr annähernd gleichwertige Hauptwohnseiten aufweist.

Abbildung 18: Ordentlicher Grenz- und Gebäudeabstand



- ² Der Grenzabstand kann ungleich auf benachbarte Grundstücke verteilt werden, wenn sich die Eigentümerin oder der Eigentümer des benachbarten Grundstücks schriftlich zur Einhaltung eines entsprechend grösseren Grenzabstands verpflichtet. Die Baubehörde verfügt diese Verpflichtung als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung und lässt sie im Grundbuch anmerken.

Abbildung 19: Erweiterte Grenzabstandsverpflichtung

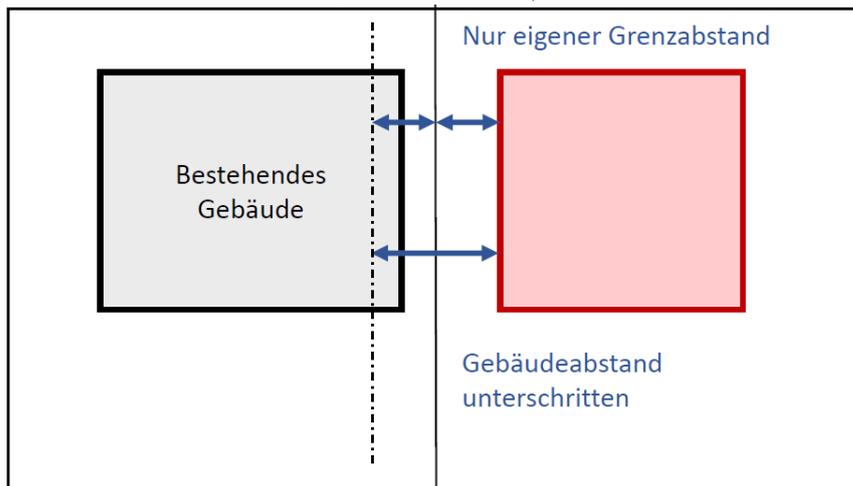


- ³ Die politische Gemeinde kann für Bauten innerhalb einer Zone andere Masse für die Grenzabstände festlegen als gegenüber Grundstücken in anderen Zonen.

Art. 93 PBG | Gebäudeabstand

- ¹ Als Gebäudeabstand gilt die kürzeste Entfernung zwischen zwei Fassaden. Er entspricht der Summe der für die beiden Gebäude vorgeschriebenen Grenzabstände. Er ist auch zwischen Gebäuden auf dem gleichen Grundstück einzuhalten.
- ² Steht auf dem Nachbargrundstück ein Gebäude mit einem geringeren als dem nach den massgebenden Bestimmungen geltenden Grenzabstand, genügt anstelle des Gebäudeabstands die Einhaltung des Grenzabstands, wenn keine wichtigen öffentlichen Interessen entgegenstehen.

Abbildung 20: Zu kurzer Grenzabstand auf Nachbargebäude



Art. 94 PBG | Abstände von Kleinbauten und Anbauten (Art. 74, 75, 80 PBG)

Kleinbauten und Anbauten können mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks bis an die Grenze gestellt werden.

Art. 95 PBG | Abstandsfreie Gebäude und Gebäudeteile

- ¹ Für unterirdische Gebäude und Gebäudeteile bestehen keine Abstandsvorschriften, soweit der Nutzungsplan nichts anderes bestimmt.
- ² Oberirdische Gebäude und Gebäudeteile, die das massgebende oder tiefer gelegte Terrain höchstens um einen halben Meter überragen, weisen einen Abstand von wenigstens einem halben Meter zur Grenze auf. Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können sie bis an die Grenze gestellt werden.

1.6 Bauweise und Terrain

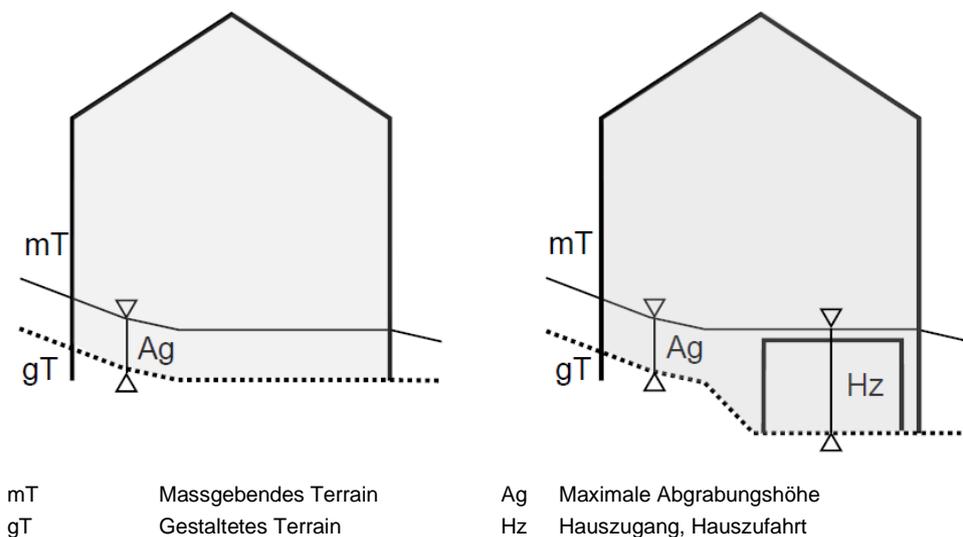
Art. 96 PBG | Bauweise

- ¹ Die vorgeschriebenen Abstände werden auf allen Seiten eingehalten, soweit der Nutzungsplan keine geschlossene Bauweise vorsieht.
- ² Der Zusammenbau über die Grenze ist bis zur höchstens zulässigen Gebäudelänge oder Gebäudebreite gestattet.

Art. 97 PBG | Terrainveränderungen (siehe Grafik bei Art. 86 PBG)

- ¹ Abgrabungen sind höchstens bis zum zulässigen Mass unter das massgebende Terrain erlaubt. Ausgenommen sind Haus- und Kellerzugänge, Gartenausgänge sowie Zufahrten.
- ² Aufschüttungen werden dem massgebenden Terrain angepasst. Stützmauern und Böschungen weisen einen Abstand zur Grenze auf.
- ³ Die politische Gemeinde legt im kommunalen Nutzungsplan die zulässigen Masse und den Grenzabstand von Stützmauern und Böschungen fest.
- ⁴ Mit schriftlicher Zustimmung der Eigentümerin oder des Eigentümers des benachbarten Grundstücks können Stützmauern und Böschungen bis an die Grenze gestellt werden.

Abbildung 22: Maximale Abgrabungshöhe



Art. 98 PBG | Teilung von Grundstücken

- ¹ Soll ein ganz oder teilweise überbautes Grundstück geteilt werden, benachrichtigt das Grundbuchamt die Baubehörde.
- ² Mit der Teilung von Grundstücken dürfen keine den Bauvorschriften widersprechende Verhältnisse geschaffen werden.
- ³ Die Baubehörde verfügt Anordnungen zur Vermeidung baurechtswidriger Verhältnisse als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen und lässt sie im Grundbuch anmerken.

1.7 Einordnung und Gestaltung

Art. 99 PBG | Grundsatz

- ¹ Die Erstellung von Bauten und Anlagen, die das Orts- oder Landschaftsbild verunstalten oder Baudenkmäler beeinträchtigen, ist untersagt.
- ² Die politische Gemeinde kann für Kern- und Schutzzonen sowie für weitere konkret bezeichnete Gebiete vorschreiben, dass Bauten und Anlagen so gestaltet und eingeordnet werden, dass mit der Umgebung zusammen eine gute Gesamtwirkung entsteht.

Art. 100 PBG | Anreize für besonders hochwertige Gestaltung

Die politische Gemeinde kann im Baureglement Anreize für die besonders hochwertige Gestaltung von Bauten und Anlagen oder für die Durchführung von Wettbewerbsverfahren vorsehen. Sie legt Art und Mass des Anreizes fest.

2 Weitere massgebende Grundlagen

Ausser dem Baureglement enthalten insbesondere die nachstehenden Erlasse gültige Vorschriften für das Bauwesen und sind ebenfalls zu beachten:

Eidgenössische Erlasse

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB); SR 210
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG); SR 700
- Raumplanungsverordnung (RPV); SR 700.1
- Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS); SR 451.12
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG); SR 814.01
- Lärmschutzverordnung (LSV); SR 814.41
- Luftreinhalteverordnung (LRV); SR 814.318.142.1
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV); SR 814.710
- Verordnung über die Sanierung von belasteten Standorten (Altlasten-Verordnung, AltIV); SR 814.680
- Energiegesetz (EnG); SR 730.0
- Energieverordnung (EnV); SR 730.01
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG); SR 451
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG); SR 814.20
- Gewässerschutzverordnung (GSchV); SR 814.201
- Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz, WaG); SR 921.0
- Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG); SR 822.11

Kantonale Erlasse

- Planungs- und Baugesetz (PBG); sGS 731.1
- Verordnung zum Planungs- und Baugesetz (PBV)
- Strassengesetz (StrG); sGS 732.1
- Strassenverordnung (StrV); sGS 732.11
- Gesetz über die Verfahrenskoordination in Bausachen (VKoG); sGS 731.2,
- Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung (EG-USG); sGS 672.1
- Verordnung zum Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung (V zu EG-USG); sGS 672.11
- Verordnung über den Schutz von Naturkörpern und Altertümern; sGS 271.51
- Naturschutzverordnung (NSV); sGS 671.1
- Energiegesetz (EnG); sGS 741.1
- Energieverordnung (EnV); sGS 741.11

- Gesetz über die Gewässernutzung; sGS 751.1
- Vollzugsgesetz zur eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung / Verordnung; sGS 752.2 | sGS 752.21
- Einführungsgesetz zur eidgenössischen Waldgesetzgebung (WaG); sGS 651.1
- Gesetz über den Feuerschutz (FSG); sGS 871.1
- Gemeindegesetz (GG); sGS 151.2
- Enteignungsgesetz (EntG); sGS 735.1
- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRP); sGS 951.1
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG-ZGB); sGS 911.1

Normen / Merkblätter

Für die Dimensionierung, Berechnung und Ausstattung von Bauten und Anlagen sind folgende Normen als Richtlinie zu beachten:

- Behindertengerechtes Bauen; SN 521 500
- Geländer und Brüstungen (SIA 358); SN 534 358
- Liegenschaftsentwässerung; SN 592 000
- Grundstückszufahrten; SN 640 050
- Knoten: Sichtverhältnisse in Knoten; SN 640 273a
- Kontrolle der Befahrbarkeit; SN 640 271a
- Parkieren: Anordnung und Geometrie der Parkierungsanlagen; SN 640 291a
- Parkieren: Angebot an Parkfeldern für Personenwagen; SN 640 281
- Leichter Zweiradverkehr: Abstellanlagen, Bedarfsermittlung; SN 640 065
- Leichter Zweiradverkehr: Abstellanlagen, Geometrie; SN 640 066
- Merkblätter Veloparkierung; Tiefbauamt Kanton St.Gallen; www.langsamverkehr.sg.ch
- Allgemeine Bedingungen für Bauarbeiten; SIA 118
- Wärme- und Feuchteschutz im Hochbau; SIA 180
- Schallschutz im Hochbau; SIA 181
- Diverse Brandschutznormen im Hochbau; SIA 183 ff
- Thermische Energie im Hochbau; SIA 380/1
- Elektrische Energie im Hochbau; SIA 380/4
- Flächen und Volumen von Gebäuden; SIA 416
- Normalien und Richtlinien des Tiefbauamtes Kanton St.Gallen; www.sg.ch/tiefbau/Projektierungsgrundlagen
- ASTRA Vollzugshilfen: Veloparkierung, Wanderwege, etc.; www.astra.ch
- Sicherheitsempfehlungen der Schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung; www.bfu.ch
- Vorschriften der SUVA über Hoch- und Tiefbauten; www.suva.ch
- Brandschutznorm (Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen); www.vkf.ch
- Spielplätze, Richtlinien und Empfehlungen zur Gestaltung; Baudepartement des Kantons St.Gallen
- Spielräume; bfu-Fachdokumentation 2.025; www.bfu.ch

3 Abkürzungen

AFU	Amt für Umwelt St. Gallen
AWE	Amt für Wasser und Energie St. Gallen
AREG	Amt für Raumentwicklung und Geoinformation St. Gallen
BauR	Vorliegendes Baureglement
EG-USG	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Umweltschutzgesetzgebung, sGS 672.1
EG-ZGB	Einführungsgesetz zum eidgenössischen Zivilgesetzbuch, sGS 911.1
EnG	Energiegesetz; sGS 730.0
EnV	Energieverordnung; sGS 730.01
GebT	Gebührentarif für die Kantons- und Gemeindeverwaltung, sGS 821.5
GG	Gemeindegesezt, sGS 151.2
GSchG	Gewässerschutzgesetz; SR 814.20
GSchV	Gewässerschutzverordnung; SR 814.201
KRP	Kantonaler Richtplan
LRV	Luftreinhalteverordnung; SR 814.318
LSV	Lärmschutzverordnung; SR 814.41
NHG	Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz; SR 451
PBG	Planungs- und Baugesetz Kanton St.Gallen, sGS 731.1
PBV	Verordnung zum Planungs- und Baugesetz
RPG	Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz); SR 700
RPV	Raumplanungsverordnung; SR 700.1
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SN	Schweizer Norm
SNV	Schweizerische Normen-Vereinigung
SSV	Signalisationsverordnung; SR 741.21
StrG	Kantonales Strassengesetz, sGS 732.1
StrV	Kantonale Strassenverordnung, sGS 732.11
USG	Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz); SR 814.01
VGv	Verwaltungsgebührenverordnung, sGS 821.1
VRP	Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege, sGS 951.1
VSS	Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute
WaG	Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991, SR 921.0
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch; 210